

Regierungschef will «kämpfen wie ein Löwe»

Das Pensionskassen-Massnahmenpaket liegt vor. Die Frage ist: Kommt's vors Volk?

Valeska Blank

Regierungschef Daniel Risch hat gestern das Massnahmenpaket zur Neuausrichtung der staatlichen Pensionskasse präsentiert. Dass in dieser Angelegenheit zwei Punkte nicht missverstanden werden, ist ihm besonders wichtig. Erstens: Es gehe nicht um eine Sanierung. Zweitens – so formulierte es Risch gestern vor den Medien: «Wir folgen keinem Ruf einer privaten Institution, die vom Staat gerettet werden will.»

Bei der «Institution» handelt es sich um die Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein, kurz SPL. Sie ist mit rund 4600 versicherten Personen die grösste Pensionskasse des Landes. Angeschlossen sind 25 Arbeitgeber, etwa die LKW, die Liechtensteinische Post, das Landesspital, die Gemeinden Balzers und Triesenberg oder die Telecom Liechtenstein – am meisten ins Gewicht fällt jedoch die Landesverwal-

tung. Risch erklärte die Rolle des Staates: «Wir agieren also als Arbeitgeber, der dafür verantwortlich ist, sein Vorsorgewerk stabil zu halten.»

Fünf Teilmassnahmen und Kosten von 70 Millionen Franken

Wie das gelingen soll, hat die Politik die vergangenen Jahre intensiv beschäftigt. Das Dossier ist gewichtig und komplex. Nachdem sich der Landtag vergangenes Jahr für die von der Regierung favorisierte Variante ausgesprochen hat, präsentierte Regierungschef Risch, SPL-Stiftungsratspräsident Michael Hanke und Regierungsmitarbeiterin Cornelia Marxer gestern die Kerninhalte des Berichts und Antrags, der im Rahmen einer ersten Lesung im April in den Landtag kommt.

Kennern der Thematik ist das darin skizzierte Massnahmenpaket nicht neu. Es umfasst fünf Punkte, darunter die Schaffung eines geschlossenen

Vorsorgewerks, die Erhöhung der Sparbeiträge oder die Möglichkeit für Neupensionierte, statt einer fixen eine variable Rente zu beziehen. Das grösste Ziel ist dabei, die Umverteilung von aktiv Versicherten an die Rentnerinnen und Rentner zu stoppen. Mittlerweile sind es über 100 Millionen Franken, die bei der SPL seit 2014 von Jung zu Alt geflossen sind.

Die Kosten des Massnahmenpakets belaufen sich auf 70,2 Millionen Franken. Ob das Volk darüber befinden kann, ist noch offen. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten: Der Landtag kann von sich aus eine Volksabstimmung anberaumen – oder es wird nach einer Zustimmung des Landtags das Referendum ergriffen, was bei genügend Unterschriften ebenfalls zu einer Abstimmung führt. Unabhängig davon, wie es im April weitergeht, sagt Regierungschef Risch jetzt schon: «Ich werde für die Vorlage kämpfen wie ein Löwe.» **5**